

Der Gemeinderat ist die Vertretung der Bürger und oberstes Organ der Verwaltung.
(§ 24 GO)

Der Gemeinderat erteilt der hauptamtlichen Verwaltung durch Beschlüsse Aufgaben die sie zu erledigen hat.

Der Oberbürgermeister hat den Gemeinderat über alle wichtigen, die Gemeinde und ihre Verwaltung betreffenden Angelegenheiten zu unterrichten.

Bei wichtigen Planungen ist der Gemeinderat frühzeitig über die Absichten und Vorstellungen der Gemeindeverwaltung und laufend über den Stand und den Inhalt der Planungsarbeiten zu unterrichten (§ 43 GO)

In Sachen Zukunftsplanung, insbesondere was BUGA und Neckarbogen betrifft scheint dies in Heilbronn nicht mehr gegeben zu sein.

Wir Freien Wähler haben den Eindruck, dass die Verwaltung das Doppel-Projekte BUGA/Neckarbogen sehenden Auges einfach vor sich hinlaufen lässt, verbunden mit der Gefahr dieses Jahrhundertprojekt gänzlich an die Wand zu fahren.

Der Gemeinderat muss quasi unzuständiger Weise eingreifen.

Er muss die formalen Arbeiten am Projekt selbst in die Hand nehmen.

Die Verwaltung agiert für uns Freien Wähler nach dem Motto: „In Schönheit sterben“. und operiert für die Freien Wähler bei der Vorlage des

Haushaltsplanentwurfes 2013/14, besonders in der Finanzplanung, in der Art eines Finanzakrobaten.

Die Verwaltung erkennt in diesem Mammutwerk für uns nicht die Zeichen der Zeit.

Sie war bis Mitte letzter Woche nicht in der Lage innerhalb eines Jahres mit der neuen Landesregierung die Zuschussfrage auszuhandeln.

Sie erkannte nicht die Worte zwischen den Zeilen von Staatssekretär Rust, dass die Stadt unrealistisch agiere, dass sie Monate lang glaubte, dass Zuschüsse in unglaublicher, völlig unrealistischer Höhe fließen würden.

Die Verwaltung legte für uns einen nicht akzeptablen Doppelhaushalts-Entwurf vor, der die optimale Wunschvorstellungen einer BUGA 2019 mit enthält.

Glaubt unsere Verwaltung an finanzielle Wunder?

Glaubt man wirklich sich innerhalb von 6 Jahren einen Anstieg der Verschuldung von 33,8 Mio € auf 175,2 Mio € leisten zu können?

Das ist abenteuerlich.

Da verschlägt es einem den Atem.

Ich darf hinzufügen: Wir bauen mit Millionen Aufwand in diesen Jahren auch noch an der Stadtbahn weiter und im Westen wächst das neue Klinikum aus dem Boden.

Und nun letzte Woche der Knaller!

Die bisher nur mündlich übermittelte Zuschusszahl aus Stuttgart ist mehr als ernüchternd.

41 Mio € für die BUGA, wobei 20,2 Mio € gebundene Fördermittel für die städtebauliche Entwicklung sind.

Also nur knapp 21 Mio € kann die Stadt für BUGA-Projekte frei einsetzen.

Der Zuschussbetrag aus Stuttgart entspricht für uns Freie Wähler keinesfalls der Bedeutung die eine BUGA verdient hat, auch nicht für das Land Baden-Württemberg

Natürlich waren wir, die Freien Wähler, zunächst sehr verärgert über den Vorstoß der CDU/SPD-Fraktion der BUGA ein Sparkorsett zu verpassen, im Alleingang, mit zunächst unbekanntem Details.

In einem persönlichen interfraktionellen Gespräch haben wir uns davon überzeugen können, dass es insbesondere der SPD generell nur darum ging die BUGA und den Neckarbogen zu retten.

Dies trauten CDU/SPD der Verwaltung offenbar nicht mehr länger zu.

Das entschuldigt in unseren Augen die Vorgehensweise der beiden großen Parteien.

Wir Freien Wähler handelten in den Vormonaten allerdings anders, quasi geschäftsordnungsmäßig.

Im Nachhinein betrachtet, haben aber auch wir der Verwaltung viel zu lange zugetraut, dass sie das BUGA-Projekt zeitnah in den Griff bekommt.

Schon vor mehr als 1 Jahr hatte unser damaliger Kollege Mosthaf, der Verwaltung einen Fragenkatalog übergeben. Wir erwarteten ganz konkret die Kosten, Zahlen, Fakten und Daten für die BUGA und den Neckarbogen, ebenso die Aussage der Höhe der Zuschusskosten durch das Land.

Wir erhielten keine Antworten.

In der 1. Sitzung nach der Sommerpause, im September 2012, wiederholte mein Kollege Höch noch deutlicher und umfangreicher diesen Fragenkatalog, noch immer in der Hoffnung auf eine schnelle Antwort.

Diese erfolgte bisher noch immer nicht.

Bis heute werden wir auf die Sondersitzung am 16 November hinhaltend vertröstet.

Gilt vielleicht der alte Spruch für die Verwaltung:

In der Politik wird Ratlosigkeit oft mit Geduld verwechselt.

Wir sind jedenfalls mit unserer Geduld für die Verwaltung am Ende angekommen.

In 4 Tagen soll also der Tag der Wahrheit kommen.

Für die Freien Wähler hatte ich aus logischen Gründen vergeblich versucht die heutige Sitzung der Stellungnahmen der Fraktionen zum Doppelhaushalt 2013/14 mit der BUGA-Sondersitzung zu tauschen. Das wäre nicht nur sinnvoll sondern auch produktiver gewesen.

Leider zeigte sich die Verwaltung uneinsichtig und pochte auf die vor über einem halben Jahr fixierten Termine. Die jetzige Anordnung der Termine wären unbedenklich gewesen, wenn wir die BUGA-Fragen wie erwartet weit früher hätten beantwortet bekommen.

Ein Tausch wäre uns dann gar nicht in den Sinn gekommen.

Nun handeln wir als Gesamtgemeinderat halt unlogisch, eben nach dem Willen der Verwaltung.

Diese Hinhaltenetaktik der Verwaltung erklärt für uns mit den Vorstoß der beiden Volksparteien.

Dadurch zeigt sich aber auch für uns, dass sich der größte Teil des Gemeinderates inzwischen weit größere Sorgen macht als unsere Verwaltung.

Warum musste z.B. der Gemeinderat den Durchführungstermin der BUGA-Sondersitzung regelrecht erkämpfen?

Warum dauert es in der Verwaltung so lange?
Haben Baudezernent und OB vielleicht schon längst den Überblick verloren?
Wo ist der Realismus der Spitzen der Verwaltung?
So halten wir heute HH-Reden, stellen Anträge für die nächsten 2 Jahre
und in 4 Tagen ist womöglich alles Makulatur.
Und unser OB meint zu all diesem Chaos und meiner diesbezüglichen Fragestellung
lapidar: „*Wir haben keine außergewöhnliche Situation, keinen Ausnahmezustand*“.
Und weiter meint unser Verwaltungschef *die BUGA spiele erst für die mittelfristige
Finanzplanung eine Rolle, nicht für den aktuellen Etat.*

Werter Herr Oberbürgermeister, spricht eine solche kurzfristige Denkungsweise
wirklich für die Weitsichtigkeit eines Citymanagers oder soll ein neuer OB
erst in 1 ½ Jahren die Finanzweichen endgültig stellen?
Die Freien Wähler nennen diese Haltung sarkastisch „Überschaubare Motivation“.
Und dann noch die Aussagen von Ihnen Herr Oberbürgermeister Himmelsbach
am Samstag in der Zeitung: *Ich kann eine (BUGA)Absage nicht ausschließen. Am
Schluss werden wir erklären ob es finanzierbar ist.*
Da stellt sich für uns die Frage: Warum legt uns dann die Verwaltung dann so einen
Haushaltsentwurf mit Finanzplanung vor?
Jeder Realist ersieht aus diesem Zahlenwerk, dass dies nicht finanzierbar ist.
Rein in die Kartoffeln, raus aus den Kartoffeln.
Beginnt die Verwaltung schon ein Rückzugsgefecht? Auch weil sich in den
Stadtteilen erheblicher Unmut aufbaut?
Was für ein eigenartiges Verwaltungshandeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, genug der Schelte der Freien Wähler.
Wir wollen heute nicht länger Kritik üben.
Das ist durch uns bereits an anderer Stelle geschehen
Unsere Aussage steht: Das Projekt BUGA/Neckarbogen läuft immer noch nicht so
wie wir uns das vorstellen.

Wir wollen jetzt nach vorne schauen.
Gehen wir die anstehenden Detail-Projekte die in der Stadt bis 2019 zu stemmen sind
positiv an.
Sie sind schwer aber lösbar.
Wir wollen mit BUGA und Neckarbogen weg vom Provinziellen, hin zu einem
wahren Oberzentrum bevor uns z.B. Städte wie Öhringen und andere den Rang
ablaufen.
BUGA und Neckarbogen sehen wir als Motor für die Stadt, mit Strahlwirkung hinaus
ins Land.
Dieses Projekt steht einer Großstadt wie Heilbronn gut zu Gesicht.
Es ist ein Initialzündler für die zukünftige Entwicklung von Heilbronn auf allen
relevanten wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Ebenen.

Um beim BUGA7Neckarbogen-Projekt auf der sicheren Seite zu sein haben sich die Freien Wähler intensiv mit den Einsparpunkten von CDU und SPD auseinandergesetzt.

Wir werden in den Ausschüssen alle Punkte aus diesem Papier durchdiskutieren. Dabei können wir uns ein Mittragen der meisten Details durchaus vorstellen, also:

- Flächenverringern der BUGA (von 70 auf 50 ha)
- Streichung der Mittel für Verlagerung/Neugestaltung Theresienwiese und Grünanlagen Frankenstadion (Einsparung 12,2 Mio)
- Keine Verlegung der Kranenstraße, nur Interimsnutzung in 2019 für BUGA (Einsparung 25,6 Mio)
- Ausbau der Mannheimerstraße erst nach 2019 (Einsparung 5 Mio)
- Verzicht Vollausbau der Wasserfläche im Neckarbogen für Bootsverkehr (Einsparung 4 Mio)
- Deutliche Reduzierung der Kosten beim Bodenmanagement, Lärmschutz und Grünanlagenstandards durch intelligente innovative Maßnahmen (Einsparung min. 10 Mio)
- Verzicht Vorlandbrücke an der Karl-Nägele-Brücke (Einsparung 5 Mio)
- Wegfall Fuß- und Radwegbrücke Neckarbogen/Hip (Einsparung 2,2 Mio)
- Zunächst kein Komplett-Ausbau Westrandstraße (Einsparung 3 Mio)
- Wegfall Fuß- und Radwegbrücke Gartenland Böckingen (Ersparnis 2,1 Mio)

Eine Verlegung der Kranenstraße, für 25,6 Mio, bis zur BUGA-Eröffnung, erübrigt sich aktuell.

Die Straße steht einer großzügigen ‚experimenta‘-Erweiterung nun nicht mehr im Wege. Für die vom Sponsor in Aussicht gestellte ‚experimenta‘-Erweiterung steht das nördliche Areal der heutigen experimenta zur Verfügung.

Damit entsteht ein neues architektonisches Highlight das Heilbronn an die bundesdeutsche Spitze der Science Center bringen wird.

Es entsteht eine ‚experimenta‘-Insel ähnlich der Museumsinsel des Deutschen Museums in München.

Die geplante Platzierung diese neuen Baukörpers für die Weiterbildung entspricht im übrigen den früher eingebrachten Vorstellungen der Freien Wähler zu einer Heilbronner-Museumsinsel vom September 2005.

Zusätzlich von den von mir genannten Einsparungen erwarten wir nun von der Verwaltung weitere Vorschläge.

Nur einen Punkt im Sparkonzept von CDU/SPD wollen die Freien Wähler noch stärker hinterfragen:

- Verzicht auf die lange Fuß- und Radwegbrücke am Hauptbahnhof (11,3 Mio).

Dieses Projekt hat in unseren Augen einen hohen Stellenwert für die BUGA, im Hinblick auf die mit dem Zug anreisenden BUGA-Gäste, aber auch im Hinblick auf einen weiteren Ausbau des Hochschulstandortes am so erfolgreichen Standort an der Gaskugel. Wir wollen, dass Heilbronn weiter zur Wissenschaftsstadt ausgebaut wird.

Den Punkt im CDU/SPD-Papier:

- Zusätzliche Einnahmen durch eine Erhöhung der Grundsteuer (bis 2019 ca. 7,7 Mio Mehreinnahmen) werden wir auch mittragen.

Zu diesem Mittel greift heute schon jede 3. Gemeinde um der wachsenden Verschuldung Herr zu werden.

81 % aller Gemeinden planen zusätzlich die Gebühren zu erhöhen.

Auch Heilbronn wird von der Aufsichtsbehörde, dem Regierungspräsidium, bei jeder Haushaltsplangenehmigung aufgefordert die Einnahmeseite zu verbessern.

Unter dem Strich erwarten wir in unserem Finanzkonzept aufsummiert mindestens 90 Millionen an Einsparungen.

Unsere Rechnung sieht zusammengefasst so aus:

Gesamtaufwendungen 322 Mio €, Kürzungen 90 Mio €, Entnahme aus den Rücklagen 64 Mio €, Zuschus des Landes 40 Mio.

So verblieben bei der Stadt rund

128 Mio € die in den nächsten 7 Jahren zu stemmen wären, also pro Jahr zusätzlich zum normalen Haushalt ca. 18,5 Mio €.

Diese Summe ist kein Pappentiel und bei Betrachtung der Wirtschafts-Prognosen für die nächsten Jahre immer noch sehr risikobehaftet.

Als Zukunftsinvestition sollte aber eine Stadt wie Heilbronn ein solches Risiko eingehen.

Dem Bürger muss erklärt werden, warum das Projekt BUGA/Neckarbogen nicht begraben werden darf.

Dies erfordert aber auch harte Wahrheiten auszusprechen.

Besonders einigen Stadtteilen, die große Erwartungen haben, werden wir weh tun müssen.

In das Bürgerhaus Böckingen wird z.B. nur ein minimaler Betrag investiert werden können.

In Frankenbach wird nur ein 1. Bauabschnitt am lange ersehnten Umbau der Halle möglich sein.

In Neckargartach wird man auf den Ausbau des Katholischen Kindergartens noch warten müssen.

Die Klarheit und Wahrheit unseres gesamten Haushalts muss zusätzlich auf den Prüfstand.

Übertragsreste in einer Höhe von nahe 30 Mio € dürfen nicht mehr entstehen und können nicht länger hingenommen werden.

Bei den Ausgaben auf den Gebieten Erziehung, Schulen und Weiterbildung dürfen aber so weit es möglich ist keine Abstriche erfolgen.

Dies sind wir unserer Zukunft schuldig.

Die Grundlage eines jeden Staates ist die Ausbildung seiner Jugend.

Das sagte schon Diogenes, der Mann im Fass.

Wir sind uns absolut sicher, dass auch bald wieder das notwendige Umdenken bei den Kindergartengebühren erfolgen wird.

Dienstleistungen auf diesem Sektor müssen einfach honoriert werden. So sieht es auch die Aufsichtsbehörde wegen der Einnahmeseite.

Für diese Dienstleistung bezahlen sollen natürlich nur die, die dazu in der Lage sind. Sozial schwache wurden in der Vergangenheit sowieso davon freigestellt und dies soll auch in der Zukunft bleiben.

Auf jährlich 2,2 Mio € berechnete Einnahmen können wir nicht mehr verzichten.

Deshalb beantragen die Freien Wähler zum wiederholten Male die Wiedereinführung der Kindergartengebühren, gestaffelt, mit Selbsteinschätzung

Wie schon früher gehandhabt.

Es gibt aber nicht nur das Jahrhundertprojekt BUGA/Neckarbogen in Heilbronn. Es muss heute auch einmal generell die Personalpolitik der Stadt angesprochen werden.

Gibt es überhaupt eine Personalpolitik bei der Verwaltung?

Man betrachte z.B. die Anlage 2 der Drucksache 277 die am 1. Oktober 2012 im Verwaltungsausschuss behandelt wurde.

Darin geht es um die Altersstruktur der Stadtverwaltung.

Das Diagramm zeigt keine übliche Alters-Pyramide, sondern diese ist auf den Kopf gestellt und stellt eine so genannte Alters-Urne dar.

Die Verwaltung überaltert, es fehlt an der Basis an jungen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Durchschnittsalter im Betriebsamt liegt z. B. über 50 Jahre, bei den Reinigungskräften bei über 54 Jahren.

In zwei Anfragen haben ich vor einigen Wochen für die Freien Wähler Auskunft verlangt, welche Methoden bei der Personalgewinnung bei der Stadt angewandt werden.

Die jeweiligen Antworten waren sehr bescheiden, Anwendung moderne Methoden Fehlanzeige. Die Beschreibung des Istzustandes war als Antwort zu wenig.

Stellen für Fachleute können Mangels Bewerber nicht besetzt werden, heißt es.

Es wird Zeit, dass sich die Stadt z.B. intensiv an Bildungsoffensiven anderer Institutionen beteiligt.

Es muss dringend neu über ‚alte‘ weiche und früher praktizierte Stadortfaktoren nachgedacht werden die nichts oder wenig kosten.

Job-Ticket, freie Parkplätze, Betriebsausflug als Freien Tag deklarieren, wenn man nicht sogar einen Zuschuss erwägt.

Eine gute Sache wäre auch den Auszubildenden nicht erst am Prüfungstag mitzuteilen ob man sie übernehmen kann oder nicht. Ein Schwebezustand in der Frage Zukunft ist gerade für Jugendliche besonders schwer zu ertragen.

Eine gute Personalpolitik wirkt sich dann auch auf das generelle Arbeitsklima aus.

Fragen Sie einmal Insider.

Ich will das heute nicht weiter ausführen.

Aus unserer Un-Informiertheit über die realistische Ziele der Stadt bei der BUGA stellen wir einige Deckungsanträge, d.h. bedeutende Kürzungen im Vermögenshaushalt.

Die Wahrheit und Klarheit des Haushaltes hat für uns höchste Priorität, auch wenn unsere Zahlen am Freitag zur Makulatur werden sollten.

In der prekären finanziellen Situation stellen die Freien Wähler für den nächsten Doppelhaushalt nur 4 Finanzanträge.

Dies betrifft die Volkshochschule und das Sinfonieorchester und zwei weitere, verbunden und in Abhängigkeit der Wiedereinführung der Kindergartenbeiträge.

Die Zahl der Prüfungsanträge halten wir auch klein, nicht weil unser Oberbürgermeister dies ständig bemängelt und wünscht, sondern weil wir den Zeitaufwand für eine qualifizierte Beantwortung durch die Verwaltung durchaus ermessen können.

Im Stellenplan beantragen wir an 3 Positionen eine Reduzierung der von der Verwaltung geforderten Stellenvermehrung.

Begründung: Die ungewisse Projektstruktur von BUGA/Neckarbogen im Hinblick auf Straßen, Brücken und Grünflächen.

Auch das mag sich am Freitag wieder ändern.

Meine Damen und Herren,

ich bin mir sicher, dass es dem Heilbronner Gemeinderat in einer Fraktionen übergreifenden Aktion gelingen wird der Heilbronner Stadtverwaltung aufzuzeigen wie eine verkleinerte BUGA gestemmt werden kann, ohne die Verschuldung in unverantwortliche Höhen zu treiben.

Diese Mammut-Aufgabe wäre eigentlich eine ureigendste Verwaltungsaufgabe gewesen.

Wir sind gespannt darauf was in dieser Sache BM Hajek am nächsten Freitag aus dem Hut zaubern wird.

Noch haben wir die Hoffnung nicht ganz verloren, dass uns die Verwaltung ihre eigenen Vorschläge dazu präsentiert um danach einen realistischeren Haushaltsplan-Entwurf aufstellen zu können.

Die Vorlage einer BUGA-Minimal-Lösung für den Gemeinderat, intern, nichtöffentlich, hätte schon vor Jahresfrist gegeben werden können werte Verwaltung.

Goethe sagte einmal: *Mit dem Wissen wächst der Zweifel.*

Schon beim aktuellen, völlig unzureichenden Wissensstand ist der Zweifel bei uns riesig.

Das Projekt BUGA/Neckarbogen ist noch lange nicht gesichert und beschlossen.

Die Freien Wähler bedanken sich ausdrücklich bei Allen die am Entwurf des Doppelhaushaltes 2013/14 mitgearbeitet haben.

Freie Wähler

10/11/12

Deckungsanträge

2013 2014
in Mio €

1. Die Grundsteuer A/B 2013 und 2014 wird um 20 Hebesatzpunkte angehoben.
+ 1,135 1,135
2. Wiedereinführung der Kindergartengebühren + 2,2 +2,2
Die Verwendung der Einnahmen wird aufgesplittet (Siehe Finanzanträge):
1,2 Mio für Verbesserung der Kindergärten (Baulich, Betreuungsqualität) und
1,0 Mio für Kinder- und Jugend-Projekte im BUGA-Projekt
3. S. 292, EP 5, UA 7901
Heilbronner Marketing GMBH -0,15 - 0,15
Nr. 1,7901 7150003
4. S. 392, EP 5, UA 5610 Mehrzweckhallen
101 Gemeindehalle Frankenbach - 1,0
Nr. 2.5610 940000
5. S. 411, EP 6, UA 6150 Stadtsanierung
120 Stadtumbau West/Fruchtschuppenweg
Nr. 2.6150 952500 Übergeordnetes Baugrundmanagement - 1,0 - 1,0
6. S. 414, EP 6, UA 6300 Gemeindestraßen
102 Westrandstraße/Neckarbogen
Nr. 2.6300 950100 Verlegung Kranenstraße - 1,6 - 0,17
7. S. 416, EP 6, UA 6300 Gemeindestraßen
117 Fuß- und Radwegbrücke Bahnbogen über Neckarkanal
Nr. 2.6300 952000 Planung und Bau - 0,4 - 0,4

Die Finanzplanung ist für die Punkte 1 – 7,
insbesondere bei den Investitionspunkten 4 bis 7 entsprechend anzupassen.

Finanzanträge

1. Der Barzuschuss an die Volkshochschule wird in 2013 und 2014 um jeweils 70.000 € erhöht
2. Der Barzuschuss für das Heilbronner Sinfonieorchester wird in 2013 und in 2014 um jeweils 5.000 € erhöht.
3. Einsetzen von 1,2 Mio € zur Bau- und Betreuungsverbesserung bei den städtischen Kindergärten, jeweils 2013 und 2014
4. Einsetzen von 1 Mio € für Kinder- und Jugend-Projekte bei der BUGA, jeweils 2013 und 2014

Prüfungsanträge:

1. In einem Bericht soll die Verkehrssituation an der Einmündung Kreisstraße K 9558 auf die B39 in Biberach speziell im Hinblick auf die Gefährdung des Radverkehrs beleuchtet werden. Dazu soll intensiv auch erneut mit dem RP gesprochen werden, dem Straßenbaulastträger, um eine zeitnahe Lösung zu erarbeiten.
2. Die Verwaltung erstellt einen Bericht (Gutachten) um weitere Einzelhändler bzw. Ausweisung neuer Flächen beim Netto-Markt in Biberach zu verwirklichen.
3. Ausbau und Linienführung der Buslinie 8 sollen überprüft werden um eine direktere Verbindung zwischen den Teilorten Biberach/Kirchhausen/Frankenbach/Böckingen zu erhalten.
4. Die Verwaltung berichtet aktuell über den Stand der Verwirklichung der Radwegverbindung zwischen Biberach und Kirchhausen im Bestreben eine Verwirklichung schon 2013 zu erreichen.
5. Die Verwaltung gibt einen Bericht auf welche Art und Weise die Sanierung der Gemeindehalle in Frankenbach in Bauabschnitten verwirklicht werden kann.
6. Die Verwaltung berichtet über den behindertengerechten Umbau des Bürgeramtes Horkheim. Es ist ein Kosten und Zeitplan aufzustellen.
7. Die Verwaltung führte Gespräche mit den entsprechenden Stellen (Land/Bund) um ein Nachfahrverbot entlang der Ortsdurchfahrt B 39 in Kirchhausen zu verwirklichen. Auf dem Wege der Gleichbehandlung muss eine Lösung wie in Frankenbach verlangt werden.
8. Die Verwaltung erstellt einen Bericht über den Stand der Sanierung und die geplante Erweiterung des Katholischen Kindergartens St. Michael in Heilbronn-Neckargartach. Ein Kostenplan und ein Zeitplan (in Bauabschnitten) ist vorzulegen.
9. Nach dem Zeitverzug der Verlängerung der Saarlandstraße berichtet die Verwaltung über mögliche Lärmschutzmaßnahmen entlang der heutigen vorhandenen Bebauung an der innerstädtischen ‚alten‘ Saarlandstraße.
10. Die Verwaltung erstellt einen Bericht zur Lage des sozialen Wohnungsbaus in Heilbronn. Darin werden Zahlen zum Ist-Zustand und eine Prognose der zukünftigen notwendigen Entwicklung zusammengestellt.
11. Die Verwaltung gibt einen Bericht über die Maßnahmen, den Finanzbedarf und den Zeitrahmen zur Behebung der brandschutztechnischen Mängel im Wasserschloss Heilbronn-Kirchhausen, damit die bisherigen Nutzungen aller Art so schnell als möglich wieder aufgenommen werden können.
12. Die Verwaltung bemüht sich am Gesundbrunnen beim DRK einen Parkplatz für Mitarbeiterinnen der SLK Kliniken einzurichten. Aus Sicherheitsgründen, besonders in der Nacht, wäre dies wünschenswert. Ersatzweise könnte der nordwestlich liegende vorhandene Personal-Parkplatz nur für Mitarbeiterinnen reserviert werden. Die Verwaltung berichtet über das Ergebnis.

Freie Wähler

10/11/12

Anträge zum Stellenplan 2013/2014

(Reduzierungen in der entsprechenden Anlage 1.2, auf Seite 2 der Drucksache 282)

	HH-Entwurf Alt	FWV Neu
<u>Amt für Straßenwesen</u>		
Personalbedarf Dipl.-Ing. (FH) Abt. Straßenbau	3,5	1,0
Personalbedarf Dipl.-Ing. (FH) Abt. Brücken	3,0	1,0
<u>Betriebsamt</u>		
Gärtner/innen wegen Aufgaben- und Flächenzuwachs (EG 9)	4,0	...2,0